

Gedanken zum Vortrag vor dem Parteivorstand am 10. 2. 1990

Wenn wir ~~und~~ zu Beginn unserer Parteivorstandssitzung ganz kurz an die vorhergehende Anfang Januar in Burgscheidungen zurückdenken, dann fällt im Vergleich auf:

Es ist zwar noch die gleiche Jahreszeit, aber uns ist heißer geworden. Wahlkampf nennt man das, was uns so ungewohnt ist und was die Hitze verursacht.

Wie er aussieht, davon konnten soeben einige von Ihnen auf dem Alexanderplatz einen unmittelbaren Eindruck gewinnen.

Aber ich hoffe, daß diese Bemerkung mindestens formal unkorrekt war. Jedes Vorstandsmitglied, so denke ich, kennt Wahlkampf vor Ort, an seinem Ort.

Wollten wir in alte militaristische Sprachklischees zurückfallen, könnte man sagen: "Mein Arbeitsplatz - mein Kampfplatz für den Wahlsieg." Das ist nicht unsere Sprache - aber den Wahlerfolg, den wollen wir in der Tat. Und dabei setzen wir nicht auf Platz, sondern auf Sieg.

Es geht nicht um ein ehrenwert-bescheidenes Ergebnis, es geht um den Platz unserer Partei in der künftigen demokratischen Landschaft, es geht um Politik im Interesse unsereres Volkes und es geht deshalb um Deutschland.

Anfang Januar in Burgscheidungen stritten wir über die Ergebnisse unseres Sonderparteitages, um Programmatik, um Programm und Wahlkampfplattform.



Heute stehen wir mitten im Gespräch mit dem Wähler, streiten wir um den richtigen Weg in die Zukunft - ehrlicher gesagt: - um den Ausweg aus der Misere, um Chancen und Gefahren der nächsten Schritte.

Streit der Meinungen gehört zur Demokratie. Wir brauchen ihn nicht zu scheuen, nachdem er lange genug, viel zu lange, nur in der Abgeschlossenheit der Ortsgruppen geführt und nach außen mit dem fadenscheinigen Gewand angepaßten Mitläufers abgedeckt wurde.

Aber der Streit hat in der gegenwärtigen politischen Landschaft etwas verkrampt Eiferndes angenommen: Zu viel steht auf dem Spiel, zu wenig Verlässliches, Erprobtes steht zur Verfügung. Die entschlossene Aufbruchstimmung des Oktober '89 scheint der Unentschlossenheit, der Irritation gewichen zu sein, dem Exodus folgt die Wüstenwanderung.

Und dieses Empfinden entspricht wohl keiner persönlichen Überempfindlichkeit - es entspricht der Lage.

Jeder von Ihnen verfolgt die Entwicklung von Tag zu Tag, ich muß sie hier nicht en detail rekapitulieren.

Statt dessen will ich einleitend einige Tendenzen nachzeichnen, auf Hintergründe verweisen, die für getroffene ebenso wie für noch zu treffende Entscheidungen relevant sind.

Unsere Haltung zur Regierung Modrow hatte für Irritationen gesorgt, und andere wußten das kräftig auszunutzen.

Nun könnte jemand meinen, das sei dorch ausgestanden, und jetzt gehe es um anderes.

Aber ich wende ein: Ausgestanden ist das nur, wenn die Motive und die Gründe für unser Verhalten verständlich sind, denn es ging und geht nicht so sehr um Wahltaktik um die Person Modrow oder um seine Partei als vielmehr um unsere Haltung zur Regierbarkeit dieses Landes, um Stabilität als Voraussetzung für freie Wahlen, um solche Wahlen als Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie, für Perspektive.

Hier galt es, auf die jeweilige Situation angemessen und verantwortlich zu reagieren.

Aus Verantwortung für die Regierbarkeit unseres Landes hatte das Präsidium am 19. Januar entschieden, daß die CDU in der Regierung bleibt. Es hatte damit einem massiven Erwartungsdruck aus der Mitgliedschaft wie von außen nicht nachgegeben und statt dessen die unpopuläre Konsequenz gezogen.

Wir haben die Reaktion, die das auslöste, nach pro und contra sortiert in zwei Stapel nebeneinandergelegt. Siehe da: Beide Stapel waren annähernd gleich hoch.

Die einzelnen Befürwortungen des Bleibens in der Regierung fielen jedoch häufig umfangreicher aus. Sie enthielten Begründungen, vor allem die Erwartung, daß die CDU sich nicht aus der Verantwortung für die entstandene Lage und für den Ausweg davonstiehlt.

Bei manchen Vertretern dieser Seite löste nun allerdings die Erklärung des Präsidiums vom 25. Januar Befremden aus - aber, wenn ich recht sehe, nicht wegen der anderen Entscheidung, sondern wegen der Mißverständlichkeit ihrer Begründung.

Die Entscheidung selbst trug der neuentstandenen Lage Rechnung. Die Situation war - und ist - weiter instabil geworden. Das alte Kabinett Modrow mit seiner ohnehin sehr begrenzten Legitimation und noch mehr begrenzten Autorität konnte diese Lage nicht mehr beherrschen. *Modrow selbst hatte ein DT, Regiplatz aufgeben,*

Es ging uns darum, den Weg frei zu machen für eine Übergangsregierung, an der alle Parteien und Gruppen am Runden Tisch sich beteiligen - mit gleichem Status und gleichen Pflichten.

Dazu gehörte nach unserer Auffassung, daß alle Posten zur Verfügung stehen - mit der Bereitschaft zu geschäftsführender Weiterarbeit selbstverständlich, was den Vorwurf der Prinzipienlosigkeit und Unglaubwürdigkeit eindeutig widerlegt.

Wie sie wissen, war die Reaktion der sog. Opposition zwiespältig - zwiespältig zwischen Bereitschaft und Begrenzung dieser Bereitschaft. *SPD hat eine schlechte Antwort in der Frage nach Bereitschaft als sog. Opposition gegeben und aus Schrecken der*
Wir werden mit dem Kompromiß als Ergebnis leben müssen - und ich *denke*, auch leben können, ebenso mit dem vorgezogenen Wahltermin. Er war nicht unsere Idee, und er bringt uns natürlich in Schwierigkeiten, denn er drängt alles, was an rechtlicher, organisatorischer und vor allem an inhaltlicher Wahlvorbereitung erforderlich ist, auf eine extrem knappe Zeitspanne zusammen. Andererseits - das zeigt sich immer deutlicher - kann sich die Tätigkeit der Regierung auf Dauer nicht in Krisenmanagement erschöpfen. Es stehen Grundsatzentscheidungen mit Perspektivwirkung an, die nur von einem demokratisch gewählten Parlament

und einer rechtsstaatlich voll legitimierten Regierung getroffen werden können.

Desh^{al} haben wir Versuchen widersprochen, den Wahltermin erneut zu ändern. Das würde Verunsicherung auslösen - und "Verunsicherung" ist da noch ein milder Ausdruck.

Natürlich wissen wir, welche Parteien sich vom vorgezogenen Wahltermin Vorteile ausrechnen: Die SPD, die auf ihren Popularitätszuwachs setzt und Mangel an Substanz kaschiert, und die SED, die sich auch unter neuem Namen bis zum 6. Mai weiter aufgelöst hätte. Aber beide haben den Bürgern nicht das zu bieten, was jetzt not tut: wirksame und spürbare Veränderungen, eine solide Entwicklung vor allem auf wirtschaftlichem und kommunalem Gebiet, die die Grundlage für durchgreifende Besserung des sozialen, des ökologischen und des persönlichen Lebensniveaus bilden muß.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zur veränderten Parteienlandschaft. Mit "verändert" meine ich mehr als das Buchstabenlegen SDP - SPD - SED - PDS.

Die einstmals führende - sprich alleinherrschende - Partei verhält sich auffallend unauffällig, fast still. Sie befindet sich auf unaufhaltsamem Abstieg, aber sie versucht durch Ruhigstellung ^{zu überwintern} und ihre alte Rolle als Beherrscherin des Apparats zu retten.

Mit ihrem neuen Namen - das sollten wir immer wieder deutlich machen - kann sie sich nicht aus ihrer Vergangenheit und aus ihrer Haftung für den Bankrott der ganzen Gesellschaft davonstehlen. Ihre Führungs-

rolle hat das Land dahineingeführt. Das zu übersehen hätte nichts mit Nachsicht zu tun oder mit christlicher Bereitschaft zur Vergebung. So lange die Wurzeln des alten sozialistischen Systems nicht offenliegen, so lange wachsen Illusionen eines neuen Sozialismus nach.

Man kann das recht deutlich sehen: Viele Menschen sind inzwischen arbeitslos, fürchten den sozialen Abstieg, haben nackte Existenzangst. Und da wird die Vorstellung suggeriert: Das alles hat es im Sozialismus nicht gegeben, das sind schon die Vorboten des Kapitalismus, den die Rechten uns bescheren wollen.

Aber das ist Täuschung oder bewußte Lüge. Das alles sind die realen Ergebnisse dessen, was sich so vollmundig "realer Sozialismus" nannte - nicht Fehler im System, sondern Resultate eines falschen Systems.

Was sich in der alten Partei hält oder in linken Splittergruppen um sie herum sammelt, bildet allerdings eine bunte Mischung. Da finden sich Altstalinisten, die nicht umdenken wollen oder können, weil sie nur in den Kategorien einer Diktatur zu denken vermögen. Soweit sie ihre Machtpositionen einbüßen, zeigt sich bei einigen von ihnen Anfälligkeit für Linksextremismus, der den Untergrund und aus ihm heraus die Destabilisierung nicht scheut. So manche Drohungen und Einschüchterungen belegen das.

Aber daneben finden sich Idealisten, die der Vorstellung eines 3. Weges an- und nachhängen. Man könnte es sich leicht machen und sie daran erinnern, daß ihre alte Partei mit Nachdruck die Unmöglichkeit eines solchen 3. Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus postulierte. Und irgendwie ist das ja richtig, denn eine Mischform

zwischen ~~ökonomischem~~ Dirigismus und Marktwirtschaft, zwischen ideologisch geprägter Herrschaft und Rechtsstaatlichkeit hat noch nie funktioniert.

Für Experimente mit Illusionen aber hat gerade unser Land und gerade jetzt am allerwenigsten Bedarf.

Schließlich treffen wir auf SED-Mitglieder, die einfach aus menschlichem Anstand nicht das sinkende Parteschiff ver-~~l~~assen wollen. Sie sind nicht aus Macht- oder Karrieregelüsten beigetreten, sie haben versucht, im Rahmen des Möglichen verantwortungsvoll zu handeln. Sie werden, so denke ich, auch in der neuen Gesellschaft Gelegenheit zu verantwortungsbewußter Mitarbeit finden, wenngleich die deutsch-deutsche Entwicklung ihre Gesellschaftsutopie schon jetzt überrollt.

Es steht aber sehr zu vermuten, daß viele Mitglieder der bisherigen SED am 18. März SPD wählen werden, und zwar aus unterschiedlichen Motiven.

Ein solches Motiv kann darin bestehen, daß man sich unter Führung der SPD die Chance ausrechnet, etwas von den alten Idealen hinüberzuretten: den Traum von einem erneuerten, demokratischen Sozialismus, mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsstruktur unter staatlicher Kontrolle und Steuerung.

Die Vorstellung, daß so etwas geht, ist genuin sozialdemokratisches Ideengut und nachweisbar bis in die Gegenwart in Programmen enthalten. Sie hat nur den kleinen Nachteil, daß sie in der Praxis nicht funktioniert. Eine staatlich gesteuerte Wirtschaft

ist eine gebremste Wirtschaft, und ihr Ergebnis sieht so aus, daß das, was sozial verteilt werden soll, gerade nicht erwirtschaftet wird.

Ein anderes Motiv für Genossen der alten SED, bei der Wahl Genossen der neuen SPD zu werden, besteht offensichtlich im heimlichen Wunsch nach einer stillschweigenden Koalition. Da der SPD natürlich kompetente und im politischen Geschäft erfahrene Leute (früher sagte man Kader) in ausreichendem Maße fehlen, ließe sich das mit dem alten Machtapparat der SED in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ausgleichen.

Wie das Resultat ausfiele, läßt sich mit ein wenig Phantasie gut vorstellen. Nur - dann hätte sich das Volk die Revolution des vergangenen Oktober sparen und auf langsame Reformen warten können.

Ich habe jetzt von Motiven zur Wahl gesprochen. Es handelt sich da aber nicht um Hypothesen, sondern um greifbare Realitäten. Und zwar um die Realität, daß die SED in die SPD einsickert. Weil das bei der Öffentlichkeit unpopulär ankommt, hat die SPD-Führung Direktiven an die Basis gegeben, um ein Anwachsen des SED-Anteils an ihrer Mitgliedschaft über 30 % zu vermeiden.

Wir wissen aber (und werden bemüht sein, dies zu dokumentieren), daß sich ganze Orts- und Kreisverbände der SPD aus Genossen der Partei rekrutieren, die die beiden Hände in ihrem Emblem hatte.

Der Vorwurf einer alten Blockpartei trifft da auf die SPD wohl eher zu als auf die CDU. Abgesehen davon, daß namhafte "Väter" der neuen DDR-SPD ja ihre Vergangenheit in der anderen ehemals großen Partei schwerlich leugnen können.

Weiterhin ist Realität, daß die Partei des Herrn Böhme nicht hier zu stolzer Größe wuchs, sondern von der Partei des Herrn Vogel aufgebaut wurde und weiter wird. Aufgebaut, vereinnahmt, ausgestattet und geschult - mit allem, was der Wahlkampf fordert.

Brandt als Vater der Nation, Lafontaine, Rau oder Bahr verfehlen ihre Wirkung hier nicht. Sie sind (im Unterschied zu manchen unserer Partner) populäre Partner - wenn man von der Peinlichkeit absieht, daß sie diese Popularität schon als Partner der Staatspartei SED hatten.

Die SPD - hüben wie drüben - schlägt gegenwärtig ein rascheres deutschlandpolitisches Tempo an. Sie will schnell weg von der alten Haltung zur deutschen Einheit, zur Staatsbürgerschaftsfrage, zu Salzgitter und zum kulturvollen Ideologieaustausch.

Zudem hat sie auch einiges aufzuholen: Als wir Mitte Dezember auf unserem Sonderparteitag ein klares Ja zur deutschen Einheit sagten, da schlugen auch die sozialdemokratischen Genossen auf uns als die "Rechten" kräftig ein. Da wurde uns noch die staatstragende Kompetenz abgesprochen, weil wir den Boden des Sozialismus verlassen hatten.

Die deutschlandpolitischen Positionen der SPD bleiben aber auch heute wacklig und wenig eindeutig, bis hinein in die Fragen der Währungs- und Wirtschaftsunion. Man merkt, daß da mehr aus Wahltaktik denn aus Verantwortlichkeit heraus geredet wird: Es ist leicht fordern, wenn es andere auszuführen haben.

Bitte verstehen Sie das recht, liebe Freunde. Um Popularität im Wahlkampf haben auch wir bemüht zu sein. Vor allem darum, den Wählern nicht fremdwortgespickte, abstrakte oder platte Parolen anzubieten, sondern ihnen das, was wir wollen, so zu sagen, daß die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger, der Städter wie der Landbewohner, der Arbeiter wie der Bauer, der Angestellte wie der Unternehmer, wissen, was das heute, morgen, übermorgen für ihr persönliches Leben bedeutet, wie wir ihre einzelnen Erwartungen aufnehmen, das Wünschenswerte und das Machbare abwägen, die Wegstrecke verständlich und akzeptabel abstecken - und zwar die unvermeidliche Strecke im Tunnel, durch das Tal ebenso wie den Aufstieg: Was es kostet und was es bringt.

Aber Popularität darf bei unserem Wahlkampf nicht auf Kosten der Seriosität, der Solidität gehen. Der Einzelne muß spüren, daß wir vom Einzelnen her denken - und das gilt für den Erfolgsmenschen ebenso wie für denjenigen, der gestützt werden muß, der nicht durch eigene Leistung sein Los zu bessern vermag, der - auch im Alters- und Pflegeheim - in Würde leben will.

Der Einzelne - das schließt die Familie ein. Und zwar nicht nur die aus zwei gutverdienenden Berufstätigen bestehende, sondern ebenso die kinderreiche, die Familie mit pflegebedürftigen Angehörigen.

Ich kehre noch einmal zu unserer veränderten Parteienlandschaft im Wahlkampf zurück. In ihm - und deshalb habe ich etwas ausführlicher darüber gesprochen - ist die SPD unser Hauptgegner geworden. Wir müssen das feststellen, weil es so ist, nicht, weil wir uns etwa in die Gefahr der These vom "Sozialfaschismus" um 1933 begeben.

"Gegner" heißt hier: Wichtigstes Gegenüber in der politischen Auseinandersetzung um das Wie der Zukunft, um das Wohin unseres Volkes. Es bleibt zu hoffen - und wir werden dazu bereit bleiben -, daß in wichtigen Lebensfragen zwischen den Parteien ein demokratischer Grundkonsens möglich ist.

Das gilt gleichfalls für die anderen, kleineren Parteien und Gruppen. Es steht außer Frage, daß z.B. die Umweltbewegten, die Grünen, auch wenn sie von Zahl und Einfluß eng begrenzt sind, ihre Bedeutung haben. Sie stellen mit der Berechtigung ihrer Motive ja keine Konkurrenz dar, sondern eine Herausforderung, gerade in unserem Land, das am Rande einer ökologischen Katastrophe steht, der Bewahrung der Schöpfung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es bleibt bei dem von unserer Partei schon vor Jahren unterstützten Postulat aus dem konziliaren Prozeß, das alle Entwicklungskonzepte einer Prüfung auf ihre soziale, ökologische und perspektivische Verträglichkeit unterworfen werden müssen. Das ist heute sogar wichtiger denn je. Aber ebenso klar ist: Das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis von Ökonomie und Ökologie wird vor allem von den großen Parteien beeinflusst. Im Rahmen des ökologisch Verträglichen muß die Marktwirtschaft das schaffen, was gebraucht wird, um die Umwelt zu retten und zu bessern.

Und dann sollten wir wohl eines ganz nüchtern sehen: Die Bereitschaft zu weiterem Konsumverzicht, zu Abstrichen am Lebensstandard ist in unserer Bevölkerung jetzt verständlicherweise ziemlich begrenzt, vor allem dann, wenn man merkt, daß der Verzicht im Kleinen nichts an der Misere im Großen ändert - und wenn man sieht, wie umweltbewußte Produktion und Konsumtion sich über durchsetzbare Vorschriften, aber auch über den Markt selbst sehr viel wirkungsvoller regulieren läßt als über bloße Forderungen und Appelle.

Das Neue Forum hat als Bürgerbewegung eine bedeutende Rolle in der Revolution gespielt, hatte da oft mehr Basisinitiativen in Sachen Bürgerinteressen freigesetzt, als das in den etablierten Parteien geschah. Dieses Verdienst bleibt, auch wenn vom Neuen Forum jetzt nicht mehr die Initiativen und Konzepte kommen, die nun einmal Sache der starken, programmatisch orientierten und stabiler strukturierten Parteien sind.

Innerhalb des Neuen Forums vollzieht sich gegenwärtig eine erhebliche Differenzierung. Viele dort Engagierte gehören eigentlich zu uns, und wir bleiben offen für sie.

Eine Partei - namentlich unsere mit dem Anspruch einer Volkspartei - muß starke integrative Kräfte entwickeln. Sie muß staatsprägende, entwicklungsbestimmende Kompetenz mit Basisinitiative verbinden. Kommt das eine zu kurz, dann besteht die Gefahr realitätsfernen Idealismus - kommt das andere zu kurz, dann verliert der Bürger die Gewißheit, daß seine persönlichen Probleme Anliegen unserer Politik sind.

Das Lager der Liberalen, der alten wie der neuen, stellt eine wenig relevante Größe dar. Der Aufbau wird von Zerfall und von Zersplitterung überwuchert. Hier wird es vor und vermutlich auch nach der Wahl weniger um Auseinandersetzung als um partielle Kooperation gehen, wo sie sich von der Sache her anbietet. Es zeichnet sich ab, daß sich auch die Deutsche Forum-Partei zu diesem Lager schlägt; auch das schließt Zusammenarbeit nicht aus.

Es wird niemandem von Ihnen entgangen sein, unter welchem Stern die Bemühungen um eine Allianz der Mitte, wie sie zunächst heißen sollte, standen.

Angesichts der zögerlichen Haltung des Demokratischen Aufbruchs, angesichts auch mancher rot-grünen Ambitionen in ihm gestaltete sich eine Allianz mehr als kompliziert.

Das Markenzeichen "Allianz für Deutschland" konzentriert auf das Verbindende.

Ebensowenig war zu übersehen, daß die DSU, die ja eigentlich als Dachverband begann und ganz offen von der CSU aufgebaut wurde, ihre Rolle ähnlich wie die bayrische CSU sieht - nur, daß sich die CSU mit ihr im Blick auf ein einiges Deutschland ausrechnet, die Begrenzung auf den Freistaat Bayern endlich glaubt sprengen zu können.

Es muß auch nicht verschwiegen werden, daß der Druck aus Bonn erheblichen Einfluß darauf hatte, ein Pendant zum sozialdemokratischen Gegenüber zusammenzuzimmern.

Ich denke aber, die tatsächlich verbindenden Elemente der Partner dieser Allianz für Deutschland rechtfertigen das Bündnis und stabilisieren es - insbesondere, wenn auch in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden über praktische Zusammenarbeit Annäherung und Verständigung wachsen.

Ebenso denke ich, ist mit den Ihnen bekannten Kriterien der Allianz die Eigenständigkeit der Parteien in angemessener Weise gewahrt.

Die Frage, ob das konservative Wahlbündnis am 18.3. mit einer gemeinsamen Liste antritt, ist offen. Bis jetzt sieht das Wahlgesetz eine solche Listenvereinigung noch nicht vor, und selbst wenn, bleibt zu überlegen (und dann allerdings schnell zu entscheiden), ob der Wähler nicht vielleicht doch lieber einer Partei unter ihrem Namen als einem Verbindungsetikett seine Stimme gibt, zumal die Gewichte der Partner regional sehr unterschiedlich sind und sich nach der Wahl bei gemeinsamer Liste überhaupt nicht feststellen läßt, wer wieviel in die Scheune eingefahren hat.